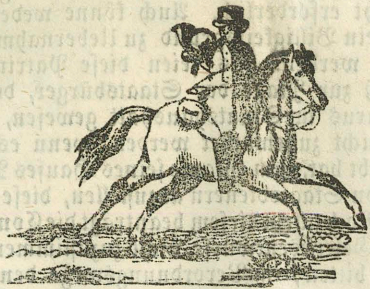


Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Canton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbereichs fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Petitdruck eber den Raum 8 fr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. G. A. Merschmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Circularnote des k. preussischen Cabinets an die deutschen Regierungen.

Die (in der Beilage zu Nr. 103 der „D. N. Z.“ abgedruckte) unterm 28. April an den königl. Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt, wirklichen Geheimrath Camphausen, ergangene Eröffnung ist durch die königl. Gesandtschaften mittelst des nachfolgenden Circulars zur Kenntniß der deutschen Regierungen gebracht worden: „In dem Circular vom 3. d. M. ist die Hoffnung ausgesprochen, daß die königl. Regierung binnen vierzehn Tagen im Stande sein werde, eine definitive Erklärung über die deutsche Sache abzugeben. Nachdem dieser Zeitraum verstrichen, hat das königl. Staatsministerium, um keinem Zweifel über seine Ansicht und seine Aufrichtigkeit Raum zu lassen, es für seine Pflicht gehalten, schon am 21. resp. 23. d. M. den preussischen Kammern zu erklären, wie es Sr. Majestät dem Könige nicht zur Annahme der unveränderten, von der deutschen Nationalversammlung beschlossenen Verfassung rathen könne. Die definitive Entscheidung Sr. Majestät hat aber um einige Tage sich verzögern müssen, weil noch nicht alle deutsche Regierungen sich ausgesprochen hatten. Die Entscheidung Sr. Majestät ist nunmehr erfolgt, und Erw. v. erhalten anliegend Abschrift der beschlossenen Erklärung, wie sie unterm heutigen Datum an den königlichen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt ergangen ist, um durch die letztere der Nationalversammlung mitgetheilt zu werden. Indem wir dies zur Kenntniß der deutschen Regierungen bringen, glauben wir, daß die Gründe, welche den Entschluß Sr. Majestät bedingten, keiner weiteren Ausführung bedürfen, und wir können nicht zweifeln, daß jede deutsche Regierung dem erhabenen Sinne Sr. Majestät, seiner Bundesstreue gegen die verbündeten deutschen Staaten und seiner uneigennütigen Gesinnung werde Gerechtigkeit widerfahren lassen. Die königliche Regierung verkennt dabei keineswegs den Ernst und die Gefahren des Augenblicks, und sie hofft, daß auch die übrigen deutschen Regierungen dieselben mit vollem Bewußtsein ins Auge fassen. Daß das Bedürfnis der Nation nach größerer Einigung und Kräftigung befriedigt werden muß, auch nachdem die in Frankfurt zunächst von der Versammlung angestrebte Form sich als unmöglich erwiesen hat, wird jedem Besonnenen als unabwiesbare Nothwendigkeit erscheinen; und sie vertraut darauf, daß die andern deutschen Regierungen ihr dazu die Hand bieten werden. Sie hat in ihrer nach Frankfurt gerichteten Erklärung noch einmal eine Möglichkeit in Aussicht stellen wollen, daß die Nationalversammlung selbst von dem von ihr betretenen Wege zurückkomme und die Hand zu Abänderungen der Verfassung bieten möchte, so das dennoch das Werk der Vereinbarung und Verständigung mit ihr zu Stande käme. Daß dies für die Beruhigung der Nation höchst wünschenswerth und daher im Interesse der Regierungen wäre, darüber wird nicht leicht ein Zweifel gezeugt werden. Aber sie verheißt sich nicht, wie wenig Aussicht dazu vorhanden ist, daß diese Hoffnung verwirklicht werde; und alle deutsche Staaten werden mit ihr auf den entgegen gesetzten Fall gefaßt sein müssen — zugleich aber auch darauf, daß durch ein starres Festhalten der Versammlung an ihren bisherigen Beschlüssen in manchen Ländern gefährliche Krisen hervorgerufen werden können. Diesen gemeinsam, ernst und kräftig entgegenzutreten, wömmöglich aber sie durch ein entschiedenes Handeln und Vorwärtsgen zu verhindern, ist die Aufgabe und Pflicht der Regierungen Deutschlands. Die königl. Regierung ist dazu in vollem Umfange bereit. Im festen Vertrauen auf die Zustimmung, die ihr von allen gesunden und redlichen Elementen im eigenen Lande zu Theil werden wird, ist sie darauf gefaßt, den zerstörenden und revolutionären Bestrebungen nach allen Seiten hin mit Kraft und Energie entgegenzutreten, und wird ihre Maßregeln so treffen, daß sie den verbündeten Regierungen die etwa gewünschte und erforderliche Hilfe rechtzeitig leisten könne. Die Gefahr ist eine gemeinsame, und Preußen wird seinen Beruf nicht verleugnen, in den Tagen der Gefahr einzutreten, wo und wie es Noth thut. Wir gehen von der von allen Besseren getheilten Ueberzeugung der Nothwendigkeit aus, daß der Revolution in Deutschland ein Ziel gesetzt werden müsse. Ihre Kraft kann aber vollständig nur dadurch gebrochen werden, daß sie keinen Vorwand mehr findet, durch welchen sie die Gemüther der Besseren im Volk über ihre wahren Absichten und Endzwecke täuschen könne. Dieses Ziel kann nicht durch passives Abwarten und durch partiellen Widerstand erreicht werden, sondern nur durch thätiges Eingreifen und Handeln. Die königliche Regierung hatte in ihrer Circulardepeche vom 3. d. M. den Weg angedeutet, auf welchem sie damals, vermittelst gemeinsamer Berathungen in Frankfurt, zu dem erstrebten Ziele glaubte hinwirken zu können. Dieser Weg hat sich inzwischen als nicht mehr möglich erwiesen, sowohl dadurch, daß mehrere der größten deutschen

Staaten es ablehnten, auf diese Berathungen in Frankfurt überhaupt einzugehen und an denselben Theil zu nehmen, als auch dadurch, daß die Mehrzahl der übrigen Regierungen, unter Beseitigung der von ihnen selbst gehegten Bedenken, sich beeilten, ihre volle Adhäsion an die Frankfurter Beschlüsse und ihre Annahme der dort beschlossenen Verfassung zu erklären. Wir müssen nunmehr wünschen, daß diejenigen deutschen Regierungen, welche zu weiteren Berathungen über den jetzt einzuhaltenden Gang und die fernere Entwicklung des Verfassungswerks mit Preußen geneigt sind, sich direct hierher nach Berlin wenden mögen, und entweder eigene Bevollmächtigte hierher senden oder ihre Gesandten mit Instructionen versehen, um sich mit der königl. Regierung zu verständigen, welche letztere in diesem Falle bereit ist, ihre Ansichten umfassend darzulegen und mit Vorschlägen entgegenzukommen. Die Haltung und die weiteren Beschlüsse der Nationalversammlung, nachdem ihr der Entschluß Sr. Majestät des Königs bekannt geworden, werden in der allernächsten Zeit ergeben, inwieweit noch auf eine Verständigung mit derselben und ein Mitwirken ihrerseits zu dem angestrebten Ziele zu hoffen ist. Die königliche Regierung hat immer an der Ueberzeugung festgehalten, daß die Verfassung Deutschlands, wenn sie die Keime einer günstigen Entwicklung und die Bürgschaft der Dauer in sich tragen soll, durch das Zusammenwirken der Regierungen und der Vertreter der deutschen Nation zu Stande kommen müsse. Sie bleibt diesem Grundsatz auch jetzt und für die Zukunft treu. Sollte es sich herausstellen, daß jede Hoffnung auf die Mitwirkung der Nationalversammlung in ihrer jetzigen Gestalt aufgegeben werden müsse, so hält sie es nur um so mehr für die Pflicht und die Aufgabe der deutschen Regierungen, dem Bedürfnisse der deutschen Nation bald eine volle und umfassende Befriedigung zu gewähren, indem sie derselben ihrerseits eine Verfassung darbieten, welche dem Begriff des Bundesstaats entspreche und durch eine wahrhafte Vertretung des Volks dem letztern die Gewißheit einer gesetzlichen Mitwirkung erhalte. Der Entwurf einer solchen Verfassung würde die Arbeit der Nationalversammlung wieder aufnehmen und nur die in dieselbe durch eine Verknüpfung unglücklicher Umstände eingebrungenen zerstörenden Elemente beseitigen; sie wird also jedenfalls auf der Errichtung einer kräftigen und einheitlichen Executivgewalt und einer Nationalvertretung in Staatenhaus und Volkshaus mit legislativen Rechten basirt sein müssen. Indem wir diese Grundzüge festhalten, können wir das Einzelne der weiteren Berathung überlassen, und zweifeln nicht, daß aus dem einmüthigen Streben nach dem großen Ziel und der allseitigen Erkenntniß dessen, was der Nation noth thut, ein Werk hervorgehen werde, welchem auch die alsdann in kürzester Frist zur Revision dieser Verfassung zusammenzurufenden beiden Häuser eines deutschen Reichstags ihre Anerkennung und Zustimmung nicht versagen werden. Wir müssen daher den deutschen Regierungen den dringenden Wunsch ausdrücken, daß sie uns durch die Sendung von Bevollmächtigten oder durch Ertheilung von Instructionen bald in den Stand setzen mögen, eine weiter eingehende Behandlung eröffnen zu können. Berlin, den 28. April 1849. Der Ministerpräsident Graf v. Brandenburg.“

Deutschland.

○ **Frankfurt**, 3. Mai. Für künftigen Sonntag den 6. d. ist eine Generalversammlung der Märzvereine angesagt, und soll dieselbe im Saale des Volkstheaters gehalten werden und zwar bei verschlossenen Thüren. Man möchte fragen, ob es zu den Märzerrungenschaften gehöre, daß gerade der Verein, welcher den höchsten Grad von Freiheit anstrebt, wozu unbestreitbar die Oeffentlichkeit aller das Gemeinwohl betreffenden Verhandlungen gehört, seine Berathungen mit dem Schleier des Geheimnisses bedecke?

○ **Neufahrwasser**, 28. April. Gestern gegen Abend lag sich die dänische Corvette wieder einmal in bedeutender Ferne sehen. Sie hatte die Parlamentärflagge wehen. Da der Wind aber sehr still wurde und die Dunkelheit eintrat, als sie noch 1 1/2 Meilen entfernt war, so konnte ein Parlamentiren nicht stattfinden. Ein zweites Schiff, was von hier gesehen, aber nicht gefannt wurde, ist nach Aussage der Fischer eine Ruff gewesen, die zurückgewiesen worden ist. Heute früh kreuzt die Corvette in einer Entfernung von 3 bis 4 Meilen.

○ **Winemünde**, 28. April. (Hsee-Ztg.) Heute manövriert unsere Flotille im Haff; Se. königl. Hoheit der Prinz Adalbert hat sich deshalb dorthin begeben.

○ **Uckermünde**, 28. April. Heute wurden hier zwei von dem Schiffsbaumeister L. Wittenberg erbaute Kanonenböte mit Kränzen geschmückt vom Stapel gelassen. Die Böte sind vollständig getakelt und können daher in den nächsten Tagen nach Stettin gehen, um armirt zu werden. Zwei

andere noch im Bau befindliche Böte werden in einigen Wochen nachfolgen.

Köln, 2. Mai. Der Gemeinderath hat heute in außerordentlicher Sitzung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Der Gemeinderath, in Erwägung, daß wenn auch der Beschluß über die Einladung von Abgeordneten der Sammtgemeinden der Rheinprovinz nach dem Buchstaben der Gemeinde-Ordnung vom 23. Juli 1845 nicht zur Competenz desselben gehören sollte, die augenblickliche unglückliche Lage des Vaterlandes ihm eine höhere Berechtigung gegeben, diese Angelegenheit in die Hand zu nehmen, und bei dem bestehenden Zwiespalte im Interesse des Vaterlandes vermittelnde Schritte zu veranlassen, um solche zur Kenntniß Seiner Majestät des Königs zu bringen; daß bei einer ähnlichen Veranlassung im vorigen Jahre eine solche Versammlung von der Regierung als aus einem unbefugten Beschlusse hervorgegangen nicht angefochten worden, obwohl derselbe den Behörden nicht unbekannt geblieben; daß die in dem Rescripte der königlichen Regierung vom gestrigen Tage enthaltene Voraussetzung, als habe der Gemeinderath nur aus angeblicher Veranlassung den Beschluß gefaßt, Seitens desselben mit Entrüstung zurückgewiesen wird; daß endlich die königliche Regierung durch Aufhebung des Beschlusses des Gemeinderathes und öffentliche Unterjagung der Ausführung alle ihre Befugnisse erschöpft hat, und von einer Zurücknahme der Einladung seitens des Gemeinderathes nicht weiter die Rede sein, auch das Recht, diese zu verlangen, der königlichen Regierung nicht eingeräumt werden kann, beschließt, daß hiermit das Rescript der königlichen Regierung erledigt sei.“

Magdeburg, 29. April. Gestern fand hier eine Provinzialversammlung der Vereine zur Wahrung der Volksrechte statt. Die Zahl der vertretenen Vereine war 47. Die Fragen über Vereinsangelegenheiten mußten bei der Wichtigkeit der neuesten Ereignisse vor der einen Frage zurücktreten, was haben wir jetzt zur Wahrung der Volksrechte zu thun? Eine dreifache Antwort ergab sich: 1) Wir wollen für die Ausbreitung des Vereins nach Kräften thätig sein, insbesondere nach Gegenden und Ortschaften hin, wo Mächte, die der neuen Ordnung der Dinge großen, den Geist des Volks noch in Unklarheit erhalten. 2) Wir wollen auf die bevorstehenden Wahlen zur neuen zweiten Kammer sofort unsere thätigste Sorgfalt wenden. 3) Wir wollen mit dem Frankfurter Märzverein in Verbindung treten. Dieser letztere Beschluß veranlaßte die Wahl der Herren Schulze aus Delitzsch und Sachse aus Magdeburg zu Beauftragten des Vereins, welche zu der nach Frankfurt auf den 6. Mai ausgeschriebenen Versammlung reisen sollen. — Unter den Anträgen war einer auf Streichung des Befestigungssatzes zur Monarchie in den Statuten; über ihn ward mit sammtlichen Stimmen zur Tagesordnung hinweggegangen. — Am heutigen Vormittage fand im Grafenpark eine Volksversammlung von etwa 3000 Menschen statt. Hier traten unter Andern die Abgeordneten von Unruh, Var, Richter, v. Berg, Schulze-Delitzsch auf, um den Stand der preussischen wie der deutschen Frage zu beleuchten. Einstimmig beauftragte die Versammlung den Vorstand des Vereins zur Wahrung der Volksrechte, Magistrat und Stadtverordnete anzufragen, daß sie, gleich süddeutschen Stadtbehörden, sich für Anerkennung der deutschen Reichsverfassung bei der Regierung verwendeten.

□ **München**, 1. Mai. Sie wissen in diesem Augenblicke als Wahrheit, oder kennen es als Lüge, was seit gestern Abends als ein Gerücht schlimmster Art allpänlich auf uns lastet. Die in den meisten Provinzen stündlich wachsende Bewegung für Frankfurt und gegen die bayerische Isolirung mußte natürlich in der Rheinpfalz am schnellsten zu einem einheitlichen Streben und Durchbringen führen. Daran hatte hier Niemand gezweifelt, ja die Leidenschaftlichsten im ultramontanen Lager stützten sich in ihren Predigten für den Anschluß an Oesterreich vorzugsweise mit auf die Hinweisung auf das meuterische Treiben in dem „unbayerischen Rheinlande“. Manche schämten sich wohl sogar nicht, öffentlich die Stunde glücklich zu preisen, in welcher das gelobte Bayernland von dem unnatürlichen Anwuchse am Rhein befreit sein werde. Nun, diese Stunde soll angeblich gekommen sein, man raunt sich nicht mehr still in die Ohren, wie gestern Abends, sondern man sagt sich's laut, daß die Bevölkerung der Rheinpfalz sich in rascher Bewegung zum Ziele der völligen Losagung von Bayern gedrängt habe. Die Regierung sei seit gestern auf außerordentlichem Wege von diesem Ereignisse in Kenntniß gekommen, halte aber Angesichts der eigenen Bewegung dahier mit dieser Hiobspost noch zurück. Je weniger man im Stande ist, etwas Thatsächliches zu erfahren, desto mehr ist man geneigt, selbst das Unglaubliche für möglich zu halten. So läßt man unsere Truppen in Germersheim und Landau übergegangen sein, auch wird erzählt, ganz Rheinpreußen, sowie die Rheinlande überhaupt, seien im Begriffe, das pfälzische Beispiel nachzu-

ahmen und sich für reichsunmittelbar zu erklären. Ich theile Ihnen alle diese bei den Besonnenen durchaus keinen Glauben findenden Gerüchte nur um deswillen mit, weil sie einen Maßstab für die hier herrschende Stimmung abgeben. Man kann nicht über eine Strafe gehen, ohne durch Maueranschläge und durch die erregten Menschengruppen, welche sie lesen und besprechen, an die üble Lage erinnert zu werden, in welcher wir uns selbst befinden. Schroff, kampfbegierig, gehässig stehen sich die Parteien gegenüber. Die unteren Klassen werden bearbeitet, als gälte es, sie stündlich zur Revolution zu führen. Es versteht sich, daß die Behörden wachsam sind, denn je.

München, 1. Mai. Der von der Nationalversammlung zu Frankfurt abgesandte Commissär, Staatsrath v. Mathy, ist gestern hier eingetroffen, und hatte bereits heute eine Unterredung mit dem Minister des Aeußern, v. d. Pfordten. Man glaubt allgemein, daß die Mission Mathy's von wenig Erfolg sein dürfte. — Der bayerische Agitator für die Anerkennung der Reichsverfassung, Abgeordneter Schlund, ist gestern mit einer von 40,000 Unterschriften bedeckten Adresse an Se. Maj. den König hier angekommen, und hat dieselbe sofort überreicht. Schlund ist heute wieder abgereist, um in seinem Sinne weiter zu wirken. — Die auf dem Rathhause aufliegende Adresse, welche der Haltung der bayerischen Regierung in der deutschen Verfassungsfrage volle Zustimmung gibt, zählt schon über 9000 Unterschriften, und noch immer ist der Zudrang zum Unterschreiben ungewöhnlich stark. Die „Neue Münchener Zeit.“ meint, es würden innerhalb zwei Tagen noch 9000 Unterschriften dazu kommen. Dr. Stodtger ladet in einem öffentlichen Aufrufe die Mitglieder der Linken der Kammer der Abgeordneten zu einer Berathung nach Frankfurt auf den 4. Mai ein. (M. Z.)

München, 2. Mai. Für heute ist eine Volksversammlung anberaumt. Schon gestern rückten 5 Schwadronen Cheveauliers vom Regimente Taxis hier ein, die sechste folgte heute in Begleitung der halben reitenden Batterie aus Eriesdorf nach; auch die 2 Schwadronen vom Regiment Kronprinz aus Neumarkt trafen gestern ein. Die Reiterei ist größtentheils in den umliegenden Dörfern untergebracht. Die Garnison hat Bereitschaft. Der beabsichtigte bewaffnete Auszug der Turnercompagnie der freiwilligen Landwehr zur heutigen Volksversammlung wurde untersagt.

* **Kaiserslautern, 2. Mai.** In der heute hier abgehaltenen Volksversammlung sind folgende die wesentlichen zum Beschluß erhobenen Punkte: Es ist ein Landesvertheidigungsausschuß ernannt worden (derselbe besteht aus 10 Personen unter dem Präsidium eines Herrn Reichard); dieser hielt noch gestern Abend bis in die Nacht hinein eine Sitzung und decretirte: 1) Steuerverweigerung (Staatssteuern), 2) Rückberufung der pfälzischen Soldaten, 3) Organisation der Volksbewaffnung von 18 bis 50 Jahren; — die von 30 bis 50 Jahren kommen unter die Landwehr; 4) Aufforderung an die Regierung und die Beamten zur Anerkennung der Reichsverfassung, 5) Aufforderung an die Gemeinden, um ihre Zustimmung zu erklären. 6) Beschlagnahme der pfälzischen Staatskassen. 7) Verbindung mit den angrenzenden deutschen Volksstämmen. — Die Staatskassen sind schon mit Beschlag belegt, und die Organisation der Truppen ist ausgeschrieben. Die Erklärung der Regierung und Beamten muß in 3 mal 24 Stunden erfolgen, widrigenfalls weitere entscheidende Maßregeln getroffen werden.

Dresden, 30. April. Das „Dresdner Journal“ sagt: Der Hauptgrund für die im gestrigen Ministerrathe beschlossene Kammerauflösung liegt, wie wir aus guter Quelle wissen, in der Steuerfrage. Bekanntlich waren die Steuern von den Kammern provisorisch nur bis Ende April bewilligt worden. Dringend bat die Regierung um anderweitige Erklärung vor Ablauf dieser Zeit. Die zweite Kammer bewilligte auch hierauf bis Ende September. Von der ersten Kammer war aber der, übrigens so viel bekannte abfällige Bericht bis gestern noch nicht gedruckt und konnte daher vorschriftsmäßig am Montag den 30. April, bis zu welchem Tage die Regierung im Besitze einer neuen Bewilligung sein mußte, nicht auf die Tagesordnung kommen, wie derselbe denn auch auf der inmittellst bereits ausgegebenen Tagesordnung für den 30. April sich nicht befand. Die Kammern hatten mithin die wiederholt beantragte provisorische Steuerbewilligung factisch abgelehnt. Hierzu kam dann das Mißtrauensvotum und das sonstige Verhalten der Kammern. Daß wenigstens die deutsche Frage nicht der Grund gewesen, dürfte vielleicht schon die nächste Zukunft lehren.

Dresden, 1. Mai. Heute wollte man eine Sturmpetition an das Ministerium seitens des Vaterlandes bringen, um den König oder die Regierung zur Anerkennung der Reichsverfassung à tout prix zu bewegen. Der Minister Feld war indessen nicht mehr im Gebäude des Justizministeriums zu finden und der Deputation, hinter welcher einige tausend Menschen wogten, ward die Antwort zu Theil, daß die Minister Dr. Feld, Dr. Weinlig und von Ehrenstein beabsichtigten, ihre Entlassung einzureichen. Ob dies wirklich der Inhalt der Antwort gewesen, kann ich nicht bestätigen; so viel ist gewiß, man theilte sie dem wogenden Volke mit. Die Mehrzahl der Bürger ist über die Kammerauflösung keineswegs empört; man hat sie theils längst erwartet, theils sogar schon lange gewünscht. — Man erzählt sich, daß eine Proclamation der Regierung wegen Anerkennung der Reichsverfassung im Drucke sei.

Stuttgart, 30. April. 129. Sitzung der Kammer der Abgeordneten. Ein von der Regierung unterm 16. Januar vorgelegter Gesetzesentwurf hatte den Zweck, die früheren politischen Zuständen entstammende Patrimonial-Gerichtsbarkeit und Polizei zu beseitigen, und damit den Widerspruch, in welchem diese Einrichtung mit einem gesunden Staatsorganismus steht, aufzuheben. Von der Majorität der Justizgesetzgebungscommission (Berichterstatte Wolff, Stodtmaier, Becher) wurde nun in der heutigen Sitzung geltend gemacht, daß dieser Gesetzesentwurf nichts weiter enthalte, als was die §§ 35 u. 41 der Grundrechte auch enthalten, außer einigen weiteren Artikeln, welche aber nur Bestimmungen für die Uebernahme der bei den Patrimonialgerichten und Ämtern angestellten

Beamten enthalten. Deshalb sei, um den § 35 der Grundrechte in Vollzug zu bringen, eine weitere gesetzliche Bestimmung nicht erforderlich. Auch könne weder ein Rechtsgrund, noch ein Billigkeitsgrund zu Uebernahme der Beamten gefunden werden. Es seien diese Patrimonialbezirke, wo nicht bloß zur Waise der Staatsbürger, doch jedenfalls der reinste Luxus im Staatshaushalt gewesen, und es könne dem Staate nicht zugemuthet werden, wenn es einem Standesherrn beliebt hat, zum Glanze seines Hauses Männer in der Eigenschaft von Staatsdienern anzustellen, diese als solche zu übernehmen. Nach allem diesem beantragt die Commission: dem vorliegenden Gesetzesentwurf nicht zuzustimmen, die Regierung aber zu bitten, im Verordnungswege den Vollzug der §§ 35 und 41 der Grundrechte anzuordnen. Dieser Antrag wird mit 44 gegen 19 Stimmen verworfen, dagegen die dem Gesetzesentwurf zustimmende Ansicht der Minderheit angenommen. Von ihnen führten Holzinger und Wiest aus, daß es allgemeinen Rechtsgrundsätzen widersprechen würde, wenn die Staatsgewalt die in Frage stehenden Gerechtsame den Standesherrn entziehen, die damit verbundenen Verpflichtungen und Lasten aber von sich abwälzen wollte. Hiervon aber auch abgesehen, bestimme der Schlußsatz des § 35 der Grundrechte deutlich genug, daß mit diesen Rechten auch die Lasten wegfallen, welche dem bisher Berechtigten dafür oblagen. Ueberdies dürfe das Verhältniß dieser Diener zu den Patrimonialherren nach der ganzen Sachlage und nach dem klaren Inhalte der verschiedenen Declarationen als ein privatrechtliches nicht aufgefaßt werden, denn sie seien überall den Staatsdienern gleichgestellt und haben die Rechtspflege und Polizei nach den Staatsgesetzen zu verwalten gehabt. Staatsrath Römer fügte hinzu, wenn man den Standesherrn oder ihren Dienern ihr Recht verweigern wollte und diese sich mit einer Klage an die Nationalversammlung oder ein Reichsgericht wenden würden, so wüßte er nicht, daß auch nicht eine Stimme zu ihren Ungunsten sprechen würde, und die württembergische Staatskasse hätte dann neben den Lasten auch noch die Proceßkosten (worauf es freilich mehrere der Herren Abgeordneten, Kübel, Pfäfflin, hätten gern mögen ankommen lassen) zu tragen. — Zustimmungsadressen in der deutschen Frage werden verlesen von Karlsruhe, Würzburg, Wiesbaden, Kassel, Frankfurt, und werden beantwortet werden. — Der Fünfzehnerausschuß wird auch ferner noch in Wirksamkeit bleiben, so lang die Lage des größern Vaterlandes gefährdet erscheint. An Schoders Stelle tritt Wiest von Eßlingen ein. Die neuesten Gerüchte und Zeitungsnachrichten über die Vorgänge in Preußen sieht übrigens Staatsrath Römer für übertrieben an. Es sei erst heute, sagt er, der württembergischen Regierung die Anzeige gemacht worden, daß der König von Preußen keineswegs abgeneigt sei, die Kaiserkrone zu übernehmen, ja daß er sogar unter Umständen auch die Reichsverfassung unbedingt annehmen werde, übrigens würde alle unsere Wachsamkeit nichts nützen, wenn die Regierungen von 32 Millionen gegen 6 Millionen auftreten wollten. Reyscher dagegen hält die Gefahr immer noch groß genug, und grade den gegenwärtigen Augenblick drohend, indem man ja beabsichtigen könnte, nach und nach den Belagerungsstand über ganz Deutschland zu verhängen.

Stuttgart, 2. Mai. Es darf uns nicht Wunder nehmen, wenn Anträge, wie der folgende, in unserer Kammer zur Debatte und Beschlußnahme kommen, denn eines theils sind sie nur Konsequenzen der einmal eingenommenen Haltung des schwäbischen Stammes, andernteils sind sie durch die Gefahr des Vaterlandes mehr als je geboten. Der noch in Permanenz stehenden Fünfzehner-Commission erschien es geboten, um thatkräftig hinter den ausgesprochenen Worten zu stehen, die kurze Frist, die noch sicher ist, zur Rüstung zu verwenden, um sowohl der Pflicht gegen das Reich im Momente nachzukommen, als zur Vertheidigung des engen Vaterlandes gegen Angriffe, die ihm seine Hingebung an die deutsche Sache zuziehen könnte, bereit zu sein. Die Commission (Berichterstatte Becher) beantragte daher in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer, bei welcher die Staatsräthe Römer, Duvernoy, Goppelt und General Rüpplin am Ministertisch erschienen waren, folgende Bitten an die Regierung:

- 1) um schnelle Einberufung und Einübung der bereits bewilligten Landwehr, jedoch ohne vermehrten Offiziersstand;
- 2) um schnelle Einbringung weniger Zusatzbestimmungen zum Bürgerwehrgesetz, wodurch die Verpflichtung auf die körperlich tüchtigen Bürger vom 18. bis 25. Lebensjahr erstreckt wird. Die Regierung wird zugleich gebeten, hier ferner in Erwägung zu ziehen, ob nicht diese Mannschaft in besondere Abtheilungen, beziehungsweise größere tactische Körper, eingeordnet, und die Volksehrung der Eintheilung und Einübung in Militärbezirken auf dem Lande durch zeitweise committirte Offiziere und beurlaubte Unteroffiziere alsbald eingeleitet werden könnte, um sie bei einer Gefahr des Vaterlandes nöthigenfalls für eine Feldaufstellung verwenden zu können, (diese Ziffer nach der Fassung von Reyscher);
- 3) um schnelle Vermehrung der Waffenvorräthe des Staates, namentlich durch möglichste Ausdehnung der einheimischen Waffenfabrikation. Der k. Regierung sollen die hierzu nöthigen Geldmittel angeboten werden; mit denjenigen Landesregierungen, welche die deutsche Reichsverfassung bereits anerkannt haben, zu dem gemeinsamen Zwecke in Verbindung zu treten, und bei den übrigen Regierungen allen ihren Einfluß dahin zu verwenden, daß sie die Gültigkeit der Reichsverfassung gleichfalls unverweilt anerkennen.
- 4) Diese sämtlichen Bitten an die Regierung wurden von der Kammer mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit angenommen. Aus der manchen Interessante bietende Debatte heben nur Folgendes aus: Becher: Nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Wahrscheinlichkeit eines physischen Conflictes beider Massen, der Reichsländer, und derer, welche die Verfassung noch nicht anerkannt haben, ist gegeben, und deshalb handelt sich jetzt um die

Rüstung, damit die Gefahr uns nicht unvorbereitet trifft. Reyscher: Die Antwort des Königs von Preußen, dieses eben so beklagenswerthen als beneidenswerthen Fürsten, schließt eine Verständigung nicht aus, aber dazu ist es jetzt zu spät. Mögen die Fürsten das Volk nicht zur Verzweiflung treiben und nöthigen, statt des Mächtigsten den Würdigsten an die Spitze zu berufen! Staatsrath Römer: Die Länder, welche die Verfassung angenommen haben, sind darum noch nicht als Reichsland zu betrachten, denn die Verfassung ist noch nicht ins Leben eingeführt. Man kann nicht sagen, daß ein deutsches Reich jetzt schon bestünde, sondern es sind nur einzelne Staaten, welche den Weg zur Einigung eingeschlagen haben. Der Kampf dieser Staaten gegen die übrige Ländermasse wäre doch gar zu ungleich. Auch ist es ein Unterschied zwischen dem Unterschreiben einer Adresse und dem lebhaften Theilnehmen mit Opfern von Geld und Leuten. Ich protestire dagegen, daß Württemberg allen Beschläüssen eines sogenannten Rumpfparlaments sich zu fügen habe; ich protestire dagegen, nicht nur im Interesse der Regierung, sondern auch im Interesse des Volks. Was die Majorität der Nationalversammlung beschließt, ist in Württemberg rechtsgültig, aber nur die verfassungsgebenden Beschlässe der Nationalversammlung. Hölder: Wenn auch die Reichsverfassung nicht möglich ist, so muß doch die alte Bundesacte zerrissen bleiben. Wenn die Einheit verloren ist, so ist es unsere Pflicht, die Freiheit zu retten. General Rüpplin: Durch seinen moralischen Einfluß hat Württemberg seiner Pflicht Genüge gethan, sein materielles Gewicht in die Waagschale zu legen, wäre erfolglos. Staatsrath Duvernoy: Durch Bajonnette darf die Einigung Deutschlands nimmermehr vollbracht werden. Die vorgeschlagene außerordentliche Rekrutierung greift härter als jedes andere Gesetz in die Verhältnisse unserer jüngeren Mitbürger, in Gewerbe, Landwirthschaft, Weinbau, ein. Gegen diese theils abzulehnen suchende, theils entgegenstehende Ansichten der Minister war die Kammer, wie ihr Beschluß zeigt, heute sehr einstimig.

Stona, 30. April. Vom Kriegsschauplatz erfährt man, daß der General v. Prittwitz mit seinem Hauptquartier nach Christiansfelde gegangen, beglückwünscht der Divisionsgeneral v. Hirschfeld mit einer preuß. Brigade. Nach den brieflichen Mittheilungen eines preußischen Offiziers aus Hadersleben soll der General v. Prittwitz vor seinem Abgang nach der Nordgrenze inmitten seiner Offiziere eine Anrede gehalten haben, deren Inhalt ungefähr folgender war: „Die Preußen ziehen in Jütland ein! Von Sr. Majestät dem Könige selbst ist der Befehl dazu eingetroffen. Se. Majestät wollen, daß die Schleswig-Holsteiner, die sich wie Männer geschlagen, möglichst geschont werden: — sie sollen nicht aus ihrer Stellung gedrängt werden, sofern sie dieselbe nicht aufzugeben wünschen, aber geschont sollen sie werden.“ Diese Worte des Höchstcommandirenden haben auf alle Gemüther einen erfreulichen Eindruck gemacht und man gibt sich im Lande der Hoffnung hin, daß man die erregenden Vortheile benutzen und wohl diesmal ein der gerechten Sache würdiges Resultat in der schleswigschen Streiffrage herbeiführen werde. 3000 Mann Kurpessen sind gestern in Schleswig eingerückt und die erste Brigade der Reichstruppen war bis Christiansfelde vorgerückt. Die Bayern zogen mit v. d. Tann an der Spitze in Hadersleben ein. In Jütland ist es still; eine auf Reconnoissance ausgehende schleswig-holsteinische Dragonerabtheilung hat bis Veile auf keinen Feind gestoßen. Das Hauptquartier des General v. Bonin ist noch in Wonsyld, eine halbe Stunde dießseits Kolding. Ueber die Aufnahme der deutschen Truppen bei der nordschleswigschen Landbevölkerung lauten die Aussagen viel erfreulicher, als im vorigen Jahre. Besonders erfreulich ist es uns gewesen, darüber das Urtheil preussischer Offiziere zu hören, die eingestehen, daß selbst der nordschleswigsche dänisch redende Bauer die politische Lage zu begreifen anfangen.

Eine klare Umfchau in den dänischen Blättern dürfte hier noch schließlich am Plage sein. Die „Berlingske“ enthält seit einiger Zeit aller rasonnirenden Artikel und bringt nichts weiter als Bulletins vom Kriegsschauplatz. „Lytveposten“ beurtheilt die deutschen Zustände nach Platen und demokratischen Protesten. Das sonst so extravagante „Fædrelandet“ ist jetzt besonnen und beurtheilt die Verhältnisse nach ihren wahrheitsgemäßen Grundlagen. So bemerkt genanntes Blatt in Bezug auf Dänemark bei Beurtheilung der gegenwärtigen Sachlage derb und wahr: „Gewiß bedürfen wir der Resignation und das ist für uns keine gewöhnliche oder allgemeine Tugend. Hätten wir davon mehr gehabt, als unsere Angelegenheiten besser ständen wäre die Menge nicht übermüthig, nicht blind und ungezügelt gewesen, als keine Gefahr da war: so wäre jetzt die Gefahr wahrscheinlich geringer.“ Dies dänische Selbstbekenntniß sollte man sich deutscherseits merken und hernach handeln. Die „Kjöbenhavnsposten“ beschäftigt sich größtentheils mit den innern Angelegenheiten Dänemarks, wo der Conflict zwischen Reichstag und Ministerium immer bedrohlicher sich entfaltet und letzteres recht bald dem Zuge der jetzt gebräuchlichen constitutionellen Ministerialpolitik folgen und den Reichstag auflösen wird.

Frankreich.

Paris, 1. Mai. Bei den Zusammenrottungen der letzten Abende wurden an 400 Personen verhaftet, von denen 135 bereits wieder in Freiheit gesetzt worden sind. Die Nationalversammlung beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung hauptsächlich mit der Fortsetzung der Debatte über die Kammerreform.

Die neueste Post aus Marseille bringt Nachrichten über die römische Expedition. Von Civita-Vecchia hatte Dudenot folgende Proclamation an die Römer erlassen: „Bewohner der römischen Staaten! Angesichts der Ereignisse in Italien beschloß die französische Republik, ein Armeecorps auf Euer Gebiet zu schicken, nicht um Eure gegenwärtige Regierung zu vertheidigen, welche sie nicht anerkannte, sondern um von Eurer Vaterlande

großes Unglück abzuwenden. Frankreich ist nicht Willens, sich das Recht zuzuschreiben, Interessen auszugleichen, welche vor Allem die der römischen Bevölkerung sind und, in soweit sie allgemeiner Natur, sich über ganz Europa und über das christliche Universum erstrecken. Es glaubt nur, daß es besonders durch seine geographische Lage dazu berufen sei, zu interveniren: um die Herstellung einer Regierung zu erleichtern, die von den Mißbräuchen, welche der Edelmuth des erlauchten Pius IX. auf immer abschaffte, ebenso entfernt ist, als von der Anarchie der letzten Zeit. Die Fahne, die ich auf Eueren Gestaden aufpflanze, ist die des Friedens, der Ordnung, der Versöhnung, der wahren Freiheit. Um sie herum werden sich alle diejenigen sammeln, welche zur Erfüllung dieses patriotischen und heiligen Werkes beitragen wollen."

Italien.
Turin. Der Staatsminister Gioberti ist aus Paris zurück hier angekommen. Auffallend ist, daß mit seiner Rückkunft die Abbrechung der Friedensunterhandlungen mit Oesterreich zusammenfällt.

Ungarischer Kriegsschauplatz.

Wien, 29. April. Ueber die Schlacht bei Komorn gibt uns das gestrige Bulletin nur den zweiten Theil zu wissen. Da der von den Kaiserlichen erkürnte Sandberg hinter den Verschanzungen des Belagerungscorps liegen soll, müssen die Insurgenten früher diese genommen haben. Nach glaubwürdig scheinenden einzelnen Berichten hätten die Insurgenten in der Nacht die Festungsbrücke überschritten und zugleich bei Alsch eine Brücke zu schlagen angefangen. Während nun die ersten das Belagerungscorps des Feldmarschalllieutenants Simunich in unerwartetem Ueberfall aus seinen Stellungen warfen und einen Theil des Belagerungsgeschützes eroberten, zerstörte das kaiserliche Geschütz die fast fertige Brücke bei Alsch. Bei dem fünfmal wiederholten Versuch der Insurgenten, die Brücke herzustellen, sollen die Honvedbataillone großen Muth gezeigt, zugleich aber einen starken Verlust erlitten haben. Endlich gelang es ihnen dennoch — nicht über Pletten — sondern über diese Brücke einige Truppen an das rechte Donauufer zu bringen. Einweilen hatte Simunich Verstärkungen an sich gezogen und griff nun, von dem Corps des Grafen Schlick unterstützt, die von der Festung vorgebrungenen Insurgenten an, warf sie wieder mit starkem Verlust zurück und kam hierdurch in den Besitz seiner vorigen Stellung und des Belagerungsgeschützes, von welchem jedoch schon ein Theil in die Festung gebracht, einige Kanonen vernagelt und versenkt, der größere Theil unverfehrt geblieben sein soll. Da nach dem Rückzug der Insurgenten auf dieser Seite der Uebergang bei Alsch über die Donau nicht mehr forciert werden konnte, zogen sie sich auf hier zurück, ohne die Brücke erhalten zu können. Es sollen 40,000 Insurgenten und 30,000 kaiserliche Truppen im Gefecht gewesen sein, welches zwar mit dem gänzlichen Rückzug der Insurgenten endete, doch wurden die Aufgräben des Belagerungscorps zerstört, das Infanterieregiment „Hef“ zersprengt, andererseits aber auch zwei Honvedbataillone aufgerieben, und überhaupt die Insurgentenreihen sehr gelichtet. Baron Welbels Hauptquartier war gestern in Ungarisch-Altenburg, heute wurde es nach Preßburg verlegt, doch bleiben die von Gran bis Raab aufgestellten kaiserlichen Truppen, zur Verhinderung eines Donauüberganges, in ihrer jetzigen Stellung, da Baron Welben nur darum nach Preßburg sich verfügte, um hier ein sich sammelndes Corps von 40,000 Mann zu organisiren und so auf beiden Seiten des Donaustroms die Operationen zu leiten. Das Corps des Generals Wohlgenuth gehört zu diesen Preßburger Truppen. Um Debenburg sammeln sich nur Rekruten und Wardens. Ob nun die Insurgenten unter Görgey noch einmal den Uebergang versuchen und in dieser Gegend vorzudringen trachten oder — nachdem sie ihren Zweck, die Entsezung Komorns, erreicht haben — sich gegen Oberungarn bewegen werden, steht dahin. Pest ist unter der Herrschaft der Insurgenten fortwährend ruhig. Der commandirende General in Ofen, Henczy, warnt vor jeder Feindseligkeit, welche ein Bombardement nach sich ziehen würde. Die Schiffsbrücke wurde verbrannt, der Brückenkopf der Kettenbrücke auf der Pester Seite soll von kaiserlichen Truppen besetzt sein. Die Russen haben die Grenzen Oesterreichs, wenigstens gegen Wien zu, noch nicht überschritten und die Nord-eisenbahndirection hat auch noch keine Anzeige zum Transport derselben erhalten. Am 25. April waren die Russen nach bestimmten Berichten nicht in Krasau, und an der Grenze Oberungarns bei Duka wußte man am 24. April noch nichts von den Russen, die über Lemberg und Tschern in Anmarsch begriffen sind. *) Andererseits behauptet man, daß sie von der Bukowina aus schon Klausenburg erreicht hätten, authentische Berichte hierüber fehlen. Von Ofen kam heute wieder keine Post. — Die sardinischen Friedenscommissäre sind von Mailand nach Turin, um über die Bedingungen, welche der Abschließung des Friedens entgegenstehen, nähere Weisungen zu erhalten, es scheint, daß die Ereignisse in Ungarn hier eine Rückwirkung auf die Erwägung eines für Sardinien vortheilhafteren Friedens äußern, doch könnte Radezky bald einen Strich durch ihre Rechnung machen.

Wir sind in der Lage (melbet der österreichische Correspondent), aus verlässlichen Mittheilungen eine Uebersicht der vorzüglichsten Chefs im Lager des ungarischen Insurgentenheeres zu geben. Wir führen sie nach ihrer Nationalität an, weil eben damit dem aufmerksamen Leser ein weiteres Feld zu ernsteren Betrachtungen eröffnet wird, und unsere schon öfter wiederholten Hinweisungen auf die fremden Elemente in Ungarn volle Bestätigung finden. Polen: Czartoryski, Kamoti, Dembinski, Graf Sabatorski, Fürst Nikolawski, Bem, Benizki Podinski, Latorski, Ramonezki, Walgorzki, Domicanus, Better. Magyaren: Klapka, Kis,

*) Wir verweisen auf die gestrigen Berichte aus Lemberg und Tschern.

Meszaros, Görgey, Perczel. Engländer: Disraeli (Verwandter des bekannten britischen Parlamentsmitgliedes), Danenberg. Italiener: Reicko, Romano. Franzosen: Duchatel, Dumbaton, Saulier, Guyau. Deutscher: Mack, ehemaliger kaiserlicher Feuerwerker, Instructor der Artillerie, Commandant von Komorn.

Wien, 30. April. Die Nachrichten, die heute aus Ungarn eingelaufen sind, lauten entnuthigend für die kaiserliche Sache. Die ganze Nacht hindurch wurden Verwundete auf Wagen unter Fackelbegleitung nach Kaiser-Ebersdorf gebracht, wo ein Hospital zu ihrer Unterkunft errichtet ward. Andere Transporte sind auf Dampfeschleppschiffen angelangt. Bei Acs soll eine mörderische Schlacht geschlagen worden sein, und sowohl in dieser, als in den Gefechten, die bei Raab und Neuhäusel stattfanden, sollen die k. f. Truppen großen Verlust erlitten haben. Das Regiment Zanini soll, bis auf wenige Offiziere, zu den Magyaren übergegangen und das Belagerungsgeschütz von Komorn herwärts nach Preßburg transportirt worden sein. Detailirten Berichten zufolge war die rückgängige Bewegung der k. f. Truppen so beschleunigt worden, daß man Mehl- und andere Vorräthe spottwohlfeil verkaufte, da deren Mitnahme nicht mehr thunlich gewesen. Komorn ist also entsetzt, und bereits gestern Abend wußte man, daß die kaiserlichen Truppen sich gegen die deutsch-österreichische Grenze zurückziehen. Auch von der untern Donau sollen üble Nachrichten angelangt sein. Es wurde erzählt, daß das Corps des Banus völlig gesprengt und ein Theil desselben in magyarische Dienste getreten sei. Bei Kis-ber nämlich, erzählt man, sei es zu einem Treffen gekommen, der Ban sei geschlagen, er selbst flüchtig geworden und habe sich nach der Walachei gewendet. General Better und Graf Casimir Batthiany standen ihm gegenüber. Wo Dembinsky und Görgey stehen, weiß man nicht und erwartet den Verfolg ihrer Operationspläne. In den obigen Treffen commandirten Klapka und Gynon. — Ein Manifest Kossuths spricht die Unabhängigkeit Ungarns und seiner Nebenländer von Oesterreich aus und sagt diese Länder von der habsburg-lothringischen Dynastie los, „weil sie einen so unheilvollen Krieg über Ungarn herbeigeführt“.

Das Regiment Kaiser-Uhlanen ist auf seinem Zuge aus Italien nach Ungarn hier angelangt und in der Vorstadt Wieden bequartiert worden. — Man spricht heute sehr stark vom Austritte des Fürsten Schwarzenberg aus dem Ministerium und von dessen Erregung durch den Grafen Colloredo-Wallsee. — Gestern Abends hieß es, Fischer sei zum Justizminister ernannt, während andererseits seine Ernennung zum Minister des Innern behauptet wird.

Wien, 30. April. Das Hauptquartier der kaiserlichen Armee stand gestern in Altenburg, dem Hauptorte des Wiesburger Komitats am rechten Donauufer, 2 Meilen von Preßburg (nicht zu verwechseln mit dem schon in Oesterreich liegenden Dorfe Deutsch-Altenburg). Doch scheint es seitdem sich in südwestlicher Richtung bewegt zu haben, und Debenburg dürfte der Punkt sein, um den die Armee sich vollständig concentrirt, und von wo aus die neuen Operationen beginnen werden. Außer einem unverbürgten Gerüchte, daß Perczel die Stadt Esseg in Schutt geschossen und den größten Theil der dortigen von Pest geschickten Dampfboote genommen habe, fehlt es seit zwei Tagen an bemerkenswerthen Nachrichten aus Ungarn. — Auch von der russischen Intervention ist es heute wieder stiller geworden. Ueberhaupt führt uns diese russische Geschichte ordentlich am Narrenseile herum. Während einerseits wiederholt versichert wird, eine starke russische Avantgarde sei bereits über Biala in Ungarn eingerückt, verlautet es von der andern Seite, die Unterhandlungen mit Rußland seien noch keineswegs abgeschlossen, vielmehr zeigten sich neuerdings nicht unerhebliche Schwierigkeiten; im günstigsten Falle könne an ein Einrücken russischer Truppen in stärkerer Anzahl vor 6 bis 8 Wochen nicht gedacht werden. Und 6 bis 8 Wochen, wer den Charakter des ungarischen Krieges kennt, der weiß, welch ein ungeheurer Zeitraum diese Frist ist, und welche Wendung die Sache bis dahin nehmen kann. Gestern Nacht und heute Morgens sind abermals große Transporte mit Verwundeten, die auf Dampfbooten befördert wurden, hier angekommen. Heute Nachmittag erwartet man neue Ankömmlinge. Es ist ein erschütterndes Schauspiel, diese verstümmelten Jammergestalten zu sehen mit den Spuren erst kürzlich vollzogener Amputationen. Gar Viele können weder stehen, noch gehen, noch sitzen, noch vertragen sie die Bewegung des Fahrens, und müssen auf Tragbahnen vom Landungsplatze in die Spitäler geschafft werden.

Der „Const. Ztg.“ schreibt man: Unsere Stadt bietet heute herzerstreuende schauerhafte Scenen; denn Wagen an Wagen kommen in Massen — wie ich höre über 1600 Mann — schwer Verwundeter hier an, um sogleich in die Spitäler, aus welchen die früheren Insassen auf die Dörfer geschafft werden, untergebracht zu werden. — Dem Vernehmen nach ist Raab bereits geräumt, da eine Schlacht vorgefallen sein muß, weil leider so zahlreiche Verwundete nach Komorn geschleudert worden; ich vergaß Ihnen gestern zu melden, daß diese Festung bereits debloktirt ist. Flüchtlinge aus Preßburg versichern, daß diese Position ebenfalls geräumt worden; denn schon sind die schweren Geschütze hierher geschafft worden. Die Bauern der Umgegend sind aufgeboten worden, in Masse nach der Stadt zu ziehen, um, wie man glaubt, die von den k. f. Truppen angelegten Schanzen zu zerstören. Aus der Masse der heute circulirenden Gerüchte hebe ich besonders heraus, daß der französische Gesandte gedroht, abzureisen, wenn die Russen einrücken. Thatsache ist übrigens, daß zur Stunde noch keine Russen angelangt sind.

Vier Uhr. Man erzählt soeben, daß es den k. f. Truppen gelungen ist, Neutra zu besetzen. Von der Aufregung unserer Stadt beim Anblick der Verwundeten kann sich nur derjenige einen Begriff machen, der das milde weiche Herz des Oesterreichers kennt. Wie ich erfahre, sind die Verwundeten in Folge eines unglücklichen Treffens bei Acs hereingebracht worden.

So eben ankommende Briefe aus Mailand melden, daß die sardinischen Friedensunterhändler die Verhandlungen gebrochen und unter dem Vorwande, neue Instructionen zu holen, Mailand verlassen haben. Wenn auch hieran sich nicht die Vermuthung knüpft, daß das ganze Friedenswerk aufgegeben sei, so scheinen die Unfälle, die Oesterreich in Ungarn erlitten hat, doch der Grund hierzu zu sein, um vielleicht durch das brüste Benehmen bessere Bedingungen zu erzielen. Die Kriegsschädigung gibt den ostensiblen Vorwand. (D. Ref.)

Prag, 28. April. Ueber das Schicksal von Ofen, schreibt man der „Leipziger Zeitung“, namentlich darüber, ob es eine Garnison behalten solle oder nicht, wußte man noch nichts Bestimmtes. Es gilt als unzweifelhafte Gewißheit, daß, wenn Fürst Windischgrätz das Obercommando nur noch 10 Tage behalten hätte, die Armee unrettbar abgeschnitten worden wäre. Dembinski hatte den Plan gefaßt, in demselben Augenblicke, wo Bem mit 30,000 Mann, unter Anderem auch gutorganisirte Infanterie, zu ihm gestoßen sein würde, das österreichische Armeecentrum zu durchbrechen, Komorn zu entsetzen, die Donau zu passiren und die auf dem rechten Donauufer befindliche Wien-Ofener Straße zu sperren. Insofern hat Welben die k. f. Armee gerettet. Gelingt es den Magyaren, den Donauübergang zu forciren, so soll Welben, wie ausdrücklich versichert wird, weder Ofen zu halten, noch die Belagerung Komorns fortzusetzen gesonnen sein. In diesem Falle würde der Krieg neu von vorn beginnen müssen. Verstärkungen gehen beständig nach Ungarn ab. Dagegen ist auch die ungarische Armee außerordentlich zahlreich und wird sich mittelst der Besetzung Pest's, im Herzen der blühendsten bis jetzt noch ruhig gewesenem Comitats gelegen, neue Zuzüge verschaffen. Die Stärke derselben besteht in der leichten Reiterei und der vorzüglichsten Bewpannung der Geschütze, mittelst deren die schnellste Beweglichkeit erzielt wird. Die Honveds sind minder gut disciplinirt, aber noch stehen den Magyaren ehemalige k. f. Infanterieregimenter zu Gebote, als z. B. Alexander, Bafa, Prinz von Preußen, Cecopieri, Zanini u. m. A. Diese Kerntruppen sollen noch nicht einmal ins Feuer geführt worden sein. Der Banus Jellachich ist nach dem Süden abmarschirt, um Verstärkungen aus den slavischen Bezirken herbeizuziehen. Man erzählt, er sei von der Hauptarmee abgeschnitten worden. Diese Nachricht entbehrt der Begründung, jedoch sicher ist, daß die Grenzer nach Hause sich sehnen und von dem unfruchtbaren blutigen Kriege Nichts mehr wissen wollen.

Nachricht.
* **Berlin, 2. Mai.** Der bisherige Minister des Auswärtigen, Graf v. Arnim, ist amtlicher Anzeige zufolge von seinem Posten entbunden und mit dem hie durch erledigten Portefeuille interimistisch der Ministerpräsident Graf v. Brandenburg betraut worden.

Vorsenberichte.
Frankfurt, 3. Mai. Die Haltung der heutigen Börse war überaus fest, namentlich zeigte sich für österreichische Papiere lebhafteste Nachfrage, wodurch auch sämtliche Gattungen derselben willig zu verbesserten Preisen als gestern zu placiren waren. 5pEt. Metall. bleiben 75³/₈, 1¹/₂ pEt., 2¹/₂ pEt. Metall. 40¹/₈ pEt., Wienerbankactien 1152 fl., 500 fl. Loose 126 pEt., 250 fl. Loose 127¹/₂ pEt. G. Alle übrigen Anlehensloose behaupteten sich fest auf ihrem gestrigen Standpunkt. Süddeutsche und belgische Obligationen gut preishaltend. Von Eisenbahnen schloß Friedrich-Wilhe im Nordbahn 33³/₈ Althr., Verbach 72¹/₂ pEt., Köln-Minden 76¹/₂ pEt., Taunus 231 fl. 3pEt. inländ. Span. wurden zu 24¹/₈, 1¹/₂ pEt. verhandelt. Sämmtliche Wechsel bei sehr stillem Handel auch heute ohne Coursveränderung. Abends nach Ausgabe der Madrider Post zeigte 3pEt. inl. Schuld ebenso wie an der einheimischen Börse eine etwas mattere Haltung und schlossen in der Effectensocietät 24 à 24¹/₈ pEt. im Cours.

Wien, 30. April. 5pEt. Metall. 86³/₈. — 4pEt. 69. — 3pEt. —. — 2¹/₂ pEt. 45³/₈. — Bankactien 1110. — 500 fl. Loose 146. — 250 fl. Loose 89. — Nordbahnactien 95. — Bolognizer 93. — Mailänder 68.

Berliner Nachrichten, sowie andere Nachrichten aus Ungarn drücken die Course an heutiger Börse, wog gen Devisen und Comptanten zu den gestiegenen Cour'en begehrt waren.

Berlin, 1. Mai. Staatsanleihe 79³/₈ bez., Gesandlung-Prämienanleihe 100 bez. u. Br., Bankanleihe 87³/₈ bez., Berlin-Hamburg 53¹/₂ G., Köln-Minden 76³/₈ u. 77 bez., u. Br., Friedr. Wilh.-Nordb. 33³/₈ bis 3³/₈ bez., Rhein. 40 bez., Thüring. 49¹/₂ zu machen, Russ. bei Stieglitz 5. 85¹/₂ Br., Pöln. 500 fl. Loose 73 Br., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 15³/₈ G.

Der Geschäftsverkehr war auch an der heutigen Börse sehr unbedeutend. In Folge der gestrigen Abrechnung fanden noch mehrfache Deckungen statt, welche bei dem theilweisen Mangel an Stückeln die fernere Erhöhung einiger Course veranlaßten; besonders wurden preussische Staatsanleihe höher bezahlt, dagegen erfuhren rheinische Actien einen Rückgang von 6pEt., weil dieselben, wie verlautet, keine Zinsen pro 18.8 zahlen werden.

Amsterdam, 1. Mai. 2¹/₂ pEt. Integr. 49⁹/₁₆. — 3pEt. Schuld 58¹/₈. — 4pEt. do. 77¹/₁₆. — 5pEt. Arb. 10¹/₂, 7¹/₁₆ ex div. — do à 510 fl. 5pEt. 12³/₈, 9⁹/₁₆, 1¹/₂ ex divid. — 3pEt. inländ. à 6000 fl. 24¹/₈, 5¹/₁₆, 1¹/₂. — Coupons 8¹/₈. — 3pEt. Port. 28¹/₂. — 4pEt. do. 29³/₈, 1¹/₂. — 5pEt. Met. 72¹/₂, 1¹/₂, 1¹/₂. — 2¹/₂ pEt. do. 38¹/₂.

London, 30. April. 3pEt. Staats 91⁷/₈ à 92. — 5pEt. Span. 17¹/₂, 3³/₈, 5³/₈. — Neue 3pEt. 32³/₈, 5³/₈. — 4pEt. Port. —. — 2¹/₂ pEt. Polländ. —.

Madrid, 26. April. 3pEt. 24¹/₂ P., n. d. B., 24³/₈ P. — 5pEt. 10³/₈ G.

Paris, 1. Mai. Stand der Rente: 5pEt. 88. 5. — 3pEt. 56. 75. — Neue 3pEt. Span. 33³/₈. — Bankactien 2395. — Versailles, links Ufer 180. — Paris-Orleans 850. — Paris-Rouen 570. — Orleans-Bordeaux 410. — Orleans-Bierzon 360. — Marseille-Avignon 217. 50. — Straßburg-Basel 105. — Nordbahn 453. 75. — Paris-Straßburg 321. 25. — Römische Anleihe 77³/₈, 1¹/₂.

Die Börse eröffnete mit steigender Tendenz, stellte sich aber darauf in Folge ungünstiger Nachrichten aus Deutschland niedriger.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. F. Malten.

[1291] **Bekanntmachung.**
Die Personenpost von Cassel nach Iserlohn resp. Hagen wird vom 24. April c. an zum Zwecke des Anschlusses an die Eisenbahn nach Elberfeld schon um 3 Uhr Nachmittags, statt bisher 5 1/2 Uhr Abends aus Cassel abgefertigt.
Frankfurt a. M., im April 1849.
General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.
vdt. Kölle.

[1259] **Bekanntmachung.**
Bei den nachstehend bezeichneten Verjagl. Raff. Poststellen befinden sich mehrere Postkassen und ein Vertriebsbrief, welche als unbestellbar von den resp. Bestimmungsorten zurückgeschickt worden sind, nämlich:
ein Postkass an Herrn Heinrich Bart zu Cassel, bei der Postverwaltung zu Schwabach;
ein Postkass an Herrn Jakob Dorn in Dettich, und bei der Postexpedition zu Dettich;
ein Vertriebsbrief an Herrn Kemern zu Eöln.
Die Eigenthümer dieser Gegenstände werden daher hiermit aufgefordert, solche bei den benannten Poststellen gegen gehörige Legitimation, bezüglich gegen Rückgabe des betreffenden Postscheines, sowie gegen Bezahlung des darauf bestehenden Porto's binnen sechs Monaten in Empfang zu nehmen, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist anderweit darüber verfügt werden.
Frankfurt, den 28. April 1849.
Der Postamt.

[1043] Bei Georg Wigand in Leipzig ist so eben erschienen und in der Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkartenhandlung in Frankfurt a. M. zu haben:
Wie ist es denn nun eigentlich in Amerika?
Eine kurze Schilderung dessen, was der Auswanderer in Nordamerika zu thun und dafür zu hoffen und zu erwarten hat.
Von Fr. Gerstäcker.
Preis 24 fr.

[1284] **Bekanntmachung.**
In Folge des mit dem 1. Mai l. J. in's Leben tretenden Sommerfahrplans der Main-Neckar-Eisenbahn werden die nachbenannten mit derselben in Verbindung stehenden täglichen Eilwagencourse im Großherzogthum Hessen in folgender Weise abgefertigt:
1) von Darmstadt nach Erbach und Hirschhorn:
8 1/2 Uhr Morgens, Ankunft in Erbach um 1 1/2 Uhr Nachmittags, in Hirschhorn nach 5 Uhr Abends,
von Hirschhorn zurück: 9 1/2 Uhr Morgens, Ankunft in Darmstadt nach 5 Uhr Abends.
2) von Darmstadt über Dieburg nach Erbach:
5 Uhr Abends, Ankunft in Erbach um 10 1/2 Uhr Abends,
von Erbach nach Darmstadt 4 1/2 Uhr früh, Ankunft daselbst um 10 1/2 Uhr Vormittags.
3) von Darmstadt nach Reichelsheim:
5 Uhr Abends, Ankunft in Reichelsheim um 9 Uhr Abends,
von Reichelsheim nach Darmstadt um 9 Uhr Morgens, Ankunft in Darmstadt um 10 Uhr Vormittags;
4) von Bensheim nach Worms:
1 Uhr Nachmittags, Ankunft in Worms um 3 Uhr Nachmittags,
von Worms nach Bensheim um 4 1/2 Uhr Morgens, Ankunft in Bensheim 6 1/2 Uhr Morgens.
5) von Darmstadt nach Gernsheim:
5 Uhr Abends, Ankunft in Gernsheim um 7 1/2 Uhr Abends,
von Gernsheim nach Darmstadt um 5 Uhr Morgens, Ankunft in Darmstadt um 7 1/2 Uhr Morgens.
6) von Heppenheim nach Fürth, Erbach und Miltenberg:
6 1/2 Uhr Abends, Ankunft in Fürth um 8 1/2 Uhr Abends, in Erbach um 11 Uhr Abends, in Miltenberg um 3 Uhr früh,
von Miltenberg nach Erbach, Fürth und Heppenheim: um 10 Uhr Abends, Ankunft in Erbach um 1 1/2 Uhr früh, in Fürth um 4 1/2 Uhr früh und in Heppenheim um 6 1/2 Uhr Morgens
7) von Heppenheim nach Erbach:
9 1/2 Uhr Morgens, Ankunft in Erbach um 2 Uhr Nachmittags,
von Erbach nach Heppenheim um 1 Uhr Nachmittags, Ankunft in Heppenheim um 5 1/2 Uhr Nachmittags.
Ferner der Eilwagencours:
8) von Seligenstadt nach Dieburg:
Montags und Freitags 6 Uhr Morgens, Ankunft in Dieburg nach 2 1/2 Stunde, von Dieburg nach Seligenstadt: Montags und Freitags 7 Uhr Abends, Ankunft in Seligenstadt nach 2 1/2 Stunde.
Frankfurt a. M., den 31. April 1849.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.
vdt. Kölle.
Patent - Eisenbahn - und andere Wagen - Achsen,
angefertigt durch die
Patent Shaft and Axeltree Company,
Brunswick Iron Works,
Wednesbury, Staffordshire, England.

Nachdem das richterliche Comité des geheimen Rath's erklärt hatte, daß sich die, durch die Patent Shaft and Axeltree Company angefertigten Achsen als eine öffentliche Wohlthat erwiesen, da dieselben viel zur Sicherheit des Reisens auf Eisenbahnen beigetragen, wurde ihr das ausschließliche Recht, dieselben zu fabriciren, auf vier Jahre verlängert, jedoch unter der Bedingung, daß der billige Preis, für den sie bisher gearbeitet, auch ferner beibehalten werde.
Es wurde auch nachgewiesen, daß diese Achsen allgemein im Gebrauch, indem über 100,000 Stück an englische und Eisenbahnen auf dem Continent geliefert wurden, unter denen wir vorzüglich die London- und North-Western-, die Midland- und die Great-Western-Eisenbahn anführen; daß dieselben häufig die schwersten Proben ausgehalten, denen die Ingenieure jener Bahnen sie unterwarfen, und viele andere noch schwerere, welchen sie zufällig im Gebrauche ausgesetzt waren. In einem solchen Falle stellt eine, 4 1/2 Zoll

[1153] In der Wagner'schen Buchhandlung in Innsbruck ist erschienen und durch die Andreä'sche Buchhandlung in Frankfurt am Main zu beziehen:
Beda Weber, Tyrol und die Reformation.
In historischen Bildern und Fragmenten. Ein katholischer Beitrag zur Charakteristik der Folgen des 30jährigen Kriegs vom tyrolischen Standpunkte aus. gr. 8. geh. 1841. fl. 2. 42 fr.

[1226] Heinsheim, Bezirks-Amt Mosbach, bei Wimpfen:
Maßvieh-Verkauf.
Am Montag den 7. Mai d. J., Vormittags von 10 Uhr an, verkaufe ich an die Meistbietenden
24 Ochsen,
20 Kühe und
130 Hammel,
vorzüglich fette Waare, letztere in kleineren Partien, wozu ich Liebhaber andurch höflich einlade.
Den 23. April 1849.
Johann Ruth.

[1223] **Mobilien-Versteigerung.**
Montag den 7. Mai l. J. und während der folgenden Tage von 9 bis 12 und von 2 bis 5 Uhr sollen in dem Hause der Wittve des Seltermeisters Hein in der Karlsstraße dahier die hinterlassenen Mobilien des Mechanikus Andreas Loos, bestehend in Gold und Silber, Kleidern, Weißzeug, Bettzeug, Möbeln, Hausrath, Büchern, dem Werkzeug des Verstorbenen, sowie dessen Vorrath an Waaren, insbesondere an physikalischen, optischen und sonstigen Instrumenten, gegen gleich baare Zahlung versteigert werden. Am 7. Mai Nachmittags kommen die Bücher und am 8. Mai das Werkzeug, die Instrumente und sonstige Waaren zur Versteigerung.
Darmstadt, den 20. April 1849.
Großherzogl. Hess. Stadtgericht.
Streicher. Neuling.

Das Anlehen vom Jahre 1845 betr.
Die am 30. vor. Mts. in der 13. Ziehung herausgekommenen und planmäßig am 1. October 1849 zahlbaren 2000 Stück 35 fl. Loose dürfen nach erhaltener Ermächtigung schon vor der Verfallzeit gegen einen Abzug von 1/2 hell. vom Gulden bei Zahlungen in den Monaten Mai und Juni, und von 1/2 hell. vom Gulden bei Zahlungen in den Monaten

Juli, August und September eingelöst werden, wovon die Besitzer jener Loose hiermit in Kenntniß gesetzt werden.
Karlsruhe, den 30. April 1849. [1277]
Großh. Bad. Eisenbahnschuldentilgungs-Kasse.

[1254] **Interessante Anzeige.**
Von dem berühmten privilegierten, in den Berliner und Wiener Jahrbüchern, — in der Revue encyclopédique und einer Menge anderer Zeitschriften empfohlenen

Haarmittel
des Naturforschers und Professors Thibaud zu Paris, à 1 fl. 36 fr. pr. Dose — gekrönt von der k. Akademie, zur Erhaltung, Wiederherzeugung der Haare und Herstellung des männlichen Bartes in schönster Fülle, sind bei Herrn Wh. Wm. Holz, am Liebfrauenberg in Frankfurt a. M., Sendungen eingetroffen.
Bemerkung. Ueber 2000 amtliche und Privatzeugnisse liegen zur Einsicht vor, auch ist der Unterzeichnete so sehr von der Vortrefflichkeit seines Mittels überzeugt, daß er seinen Agenten Herrn Karl Graf in Augsburg ermächtigt, die Beträge ohne weiteres zurückzugeben, wenn nach vorchriftsmäßigem Gebrauche bei dem vierten bis sechsten Töpfchen der lohnende Erfolg sich nicht vollkommen bestätigt hätte.
George Thibaud.

Von den neuesten Anerkennungen möchte wegen Ersparung des Raumes nur folgende angeführt werden: „Seit 15 Jahren an Kahlköpfigkeit leidend, die durch die bisher bekannten Mittel mehr verschlimmert als verbessert wurde, prange ich nunmehr mit Hilfe des Thibaud'schen Haarmittels mit schönerem und üppigerem Haarwuchs als je zuvor; eben so bewährte sich dieses Remedium gegen das Ergrauen bei zwei alten Grauköpfen und Freunden von mir, durch Wiederherstellung ihrer Haare in jugendlicher Farbe und Frische in so auffallender Weise, daß ich Alles, was ich über die Unfehlbarkeit dieses Productes gelesen, nicht nur vollkommen bestätigt finde, sondern mir auch ein Verdienst daraus mache, solches allenfalls zu empfehlen.“
Blantenburg, 2. April 1847. Altregierungsrath Escher. Die Richtigkeit der Unterschrift bestätigt:
Für den Gemeinderath
Noth.
(L. S.)

Bemerkung. Zum Schutze gegen Nachahmung enthalten die beigefügten Gebrauchsanweisungen eine mit sonst nirgends existirender Schrift gedruckte Waagung, welche also lautet: „Zum Schutze gegen Nachdruck etc.“ woran man die Richtigkeit obigen Gegenstandes allein erkennen wolle.“
Briefe und Gelder erbitte franco nebst 7 fr. Verpackungs- und Einschreibgebühr einzusenden.

im Durchmesser haltende Patent-Achse, die ganze Kraft eines schweren Zuges aus, der sechzig Meilen in einer Stunde machte, durch welchen sie zwar ganz zusammen gedrückt und beinahe doppelt gebogen wurde, ohne aber den geringsten Bruch zu zeigen.

Das bei der Anfertigung dieser Achsen angewandte patentirte Princip macht, daß dieselben in allen Richtungen eben stark sind, denn die Welle (the faggot) ist genau cylindrisch geformt, und die äußeren Stäbe sind in solchen Eintheilungen gewalzt, daß sie auf's genaueste um einen Mittelstab passen. Diese Welle, wenn auch stark, ist vollkommen in einer Fuge durchaus zusammengeschweißt, so daß die Notwendigkeit häufigen Erhitzens und Hammers der gewöhnlichen Bearbeitung, wodurch man oft Gefahr läuft, nur unvollkommen zu schweißen, das Eisen zu verbrennen oder auf andere Weise zu schwächen, ganz vermieden wird.

Die Anwendung dieses Princips, verbunden mit der durch lange Übung gewonnenen Erfahrung über die Qualität, die Mischung und die Behandlung des Eisens, um dasselbe geeignet zu machen, den Anforderungen, denen eine Achse ausgesetzt ist, zu widerstehen, befähigt die Patent Shaft Company immer gleichförmig sichere Achsen zu liefern.

In allen Fällen, wo die Patent Shaft Company's Achsen gewünscht werden, wird man höflich gebeten, sich direct an die Eisenwerke zu wenden, denn obgleich jede Patent-Achse mit dem Namen der Compagnie gestempelt ist, sind doch in vielen Fällen schon werthlose Achsen, die mit etwas mehr Kosten als ganz gewöhnliches Stahleisen gefertigt sind, als Patent-Achsen unterschoben worden.

Vor dem geheimen Rathe wurde durch Robert Stephenson, Esq. M. P. der Beweis geliefert, daß bei einem Versuche, welchen er nach einem Unglücksfalle mit einer Anzahl solcher gewöhnlichen Achsen anstellte, von fünfzig achtundvierzig so schnell brachen, daß sie zum Gebrauche ganz untauglich anerkannt wurden. Er befahl daher, sie alle abzuschaffen und künftig ausschließlich nur Patent-Achsen zu gebrauchen.

Das Eisen der Patent Shaft Company ist in allen Fällen zu empfehlen, wo dasselbe einer großen Kraft widerstehen muß. Von verschiedenen Eisenbahn-Ingenieuren kann bezeugt werden, welche große Ersparnisse durch seinen Gebrauch erzielt wurden, namentlich zur Verhütung des Brechens der Kuppelstetten, welches so häufig vorkommt, besonders auf der Midland-Eisenbahn, wo der bedeutende Mineralhandel diese Ketten einer außergewöhnlichen Anstrengung aussetzt.

Das nach diesem patentirten Principe bearbeitete Eisen ist eben so empfehlenswerth für Wagen- und Karren-Achsen, indem mit demselben alle Gefahr des Brechens vermieden wird, so bald die Wagenknieederes in der Behandlung nicht schwächen.
[1219]

Von London nach New-York
expediren wir am 18. Mai das schöne gekupferte Dreimaster-Schiff erster Klasse „Jovan“, von 1250 Tonnen Gehalt, Capitän Radulovich.
Den Ueberfahrtspreis haben wir billigt gestellt, und sind wir, so wie die nachstehend bezeichneten Herren Agenten zur Ertheilung jeder Auskunft bereit.
London, im April 1849.
S. Stiebel & Comp., 23 Nicholas-lane.

In Frankfurt a. M. Herr Moriz J. Stiebel und Herr Fertsch-Finger, in Mainz Herren Mohr & Comp., in Köln Herren Zurstrassen & Driesch, Marktbreit Herr J. F. Hartmann, Straßburg Herr Ernest Ullmann, Rotterdam Herr J. B. de Haast, Marburg Herr Adolph Stiebel, Simmern Herr E. Emanuel.
[1228]

Catarre, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Brustteig von Georg's in Epinal, wofür derselbe bei der Industriestaustellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Conditor Schott, große Sandgasse, zu haben.

Commissionsäre sind: Hr. Conditor J. C. Schlemmer in Mainz.
[1118]

Malaga - Trauben - Rosinen 1/1 Kiste fl. 7 — fr.
Messina - Citronen 1/2 = 3 30 —
Holländische Corallen 1/1 Anker = 18 —
1/2 = 9 30 —

bei
Milani-Minoprio,
kleiner Fischgraben 3.
[1221]

[1190] Französisches befeuchtendes Speise-(Salat-) Öl habe zum Verkauf in Commission erhalten per Maas zu 52 fr., in Fässern von Et. 3 pEt. verhältnißmäßig billiger.
Adolph Rempf.

[1216] On cherche une bonne d'enfants, née française, qui parle bien sa langue. S'adresser Fahrgasse L. M. No. 8 parterre au comptoir, ou au jardin Bornheimer Sandweg à côté de la fabrique Monsieur Lindheimer.

Bekanntmachung.

Johann Josef Kobl aus Zweffen, geboren am 2. December 1790, ist nach vorgelegter Becheinigung mit den vormaligen westphälischen Truppen nach Ausland marschirt, ohne daß eine Nachricht über sein Leben oder seinen Tod in seine Heimat gelangt wäre. Auf den Antrag seines Bruders Johannes Kobl zu Zweffen wird er deshalb geladen, sich so gewiß im Termine

den 31. Mai l. J.,

Vormittags 10 Uhr,

dahier persönlich oder durch einen Bevollmächtigten zu melden, als er sonst den betr. Befehlungen der Verordnung vom 5. Juli 1816 zufolge für todt würde gehalten werden müssen.
Verfügt Jersberg, den 4. April 1849.
Kurfürstliches Justizamt.
Weber.

[1120] **Edictalladung.**

Nachdem über den Nachlaß des am 7. Januar l. J. gestorbenen Hofgerichts-Schreibkassens-Gebüßen Gottfried Baum dahier, der Concur's erkannt worden ist, werden alle diejenigen, welche Ansprüche daran machen, auf:

Mittwoch den 23. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr,

zur Anmeldung ihrer Ansprüche, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse, sowie zur Begründung ihrer etwaigen Vorzugrechte, bei Vermeidung des Verlustes derselben, anber geladen.

Darmstadt, den 11. April 1849.
Großherzogl. Hess. Stadtgericht.
Streicher. Neuling.

(Nebst Conversationsblatt und Beilage.)